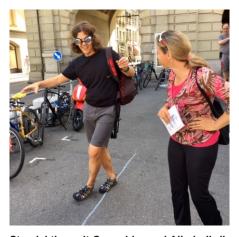


Eltern gegen Drogen Informationsbulletin der Schweizerischen Vereinigung Eltern gegen Drogen, des Vereins Jugend ohne Drogen und des Dachverbandes Drogenabstinenz Schweiz

des Vereins Jugend ohne Drogen und des Dachverbandes Drogenabstinenz Schweiz

Editorial: Transparenz betreffend Kosten/Nutzen mit Einbezug der Nachhaltigkeit der Drogenpolitik gefordert

Wann nehmen der Bundesrat, das Bundesamt für Gesundheit, die Parteien (insbesondere die FDP) und die Medien die Meinung der Mehrheit der Bevölkerung zur Legalisierung von Cannabis und anderen Drogen zur Kenntnis? Warum haben die Medien die SDA-Meldung vom 16.7.2021 nicht übernommen, wonach bei einer Umfrage 62% die Legalisierung von Cannabis ablehnen?



Standaktion mit Cannabis- und Alkoholbrillen, um die Wahrnehmungsveränderungen nach dem Konsum dieser Suchtmittel erleben zu können.

Seit mehr als zwanzig Jahren wartet die Schweizerische Vereinigung «Eltern gegen Drogen» auf eine Studie betreffend die Folgekosten des illegalen Betäubungsmittelkonsums, insbesondere diejenigen der Sozialwerke.

Prävention und abstinenzorientierte Therapien werden vernachlässigt

Es müsste endlich aufgezeigt werden, wie die heutige Kostenverteilung auf die vier Säulen Prävention, Therapie, Schadensminderung und Repression aussieht. Denn nach unseren Recherchen gab es zum Beispiel noch nie eine Präventionskampagne gegen den Cannabiskonsum, obschon der Konsum dieses illegalen Suchtmittels in der Schweiz an erster Stelle steht und unter Jugendlichen am meisten Probleme verursacht (siehe den Artikel: «Chance statt Strafe»).

Es kann doch nicht sein, dass ehrenamtlich Tätige in Vereinigungen wie «Eltern gegen Drogen» in ihrer Freizeit mit Demos gegen Fixerräume, mit selbst finanzierten Broschüren zu Drogenfragen an Info-Ständen wie zum Beispiel am 26. Juni am «Internationalen Tag gegen Drogenhandel und Drogenmissbrauch» und mit Protesten wegen den illegalen Machenschaften an der jährlich stattfindenden Cannatrade die eigentlichen Aufgaben des Bundesamtes für Gesundheit mit seinen hochbezahlten Angestellten übernehmen müssen!



Am «Internationalen Tag gegen Drogenmissbrauch und illegalen Drogenhandel» weisen wir auf politische Missstände hin.

Seit die Heroinabgabe von den Krankenkassen bezahlt werden muss, wird diese Schadensminderungsmassnahme zu den Therapien gezählt, was eigentlich nicht zulässig ist.

Berücksichtigung der Nachhaltigkeit in der Drogenpolitik

Deshalb muss die Studie insbesondere die Kosten der abstinenzorientierten Therapien und deren soziale Folgekosten mit den Substitutionen und ihren Folgekosten verglichen werden. Denn Nachhaltigkeit wäre auch in der Drogenpolitik gefragt. Vorzeitige Pflegeheimeintritte von Betäubungsmittelkonsumenten, die nie zu einem Drogenausstieg motiviert wurden, die ihr Leben lang am staatlich finanzierten Herointropf hängen oder andere Ersatzdrogen erhalten, verursachen hohe Pflegekosten.



Ein jahrelanger Drogenkonsum zerstört Körper, Geist und Seele.

Da die Hürden niedrig sind (18-jährig, zwei abgebrochene abstinenzorientierte Therapien), um in ein Substitutionsprogramm aufgenommen zu werden, mussten in den letzten Jahren die meisten abstinenzorientierten Institutionen schliessen. Auch klagen Eltern, dass abstinenzorientierte Therapien nicht oder nur teilweise finanziell unterstützt würden. Es wäre an der Zeit, transparent aufzuzeigen, wie hoch die Therapie- und Folgekosten für ehe-



mals Süchtige und für solche in einem Substitutionsprogramm sind. Die Steuerzahlenden haben das Recht zu erfahren, wie die Belastung der Arbeitslosen- und Krankenkassen, aber auch der Invalidenversicherung ist.

Entscheidungsträger/-innen benötigen Fakten

Anstatt Experimente für Kiffer, also für 3% der Bevölkerung, zu forcieren und dafür Millionen an Steuergeldern zu verschleudern, wären die neusten Zahlen betreffend der Anstieg von cannabisinduzierten Psychosen (gemäss Angaben aus der UPK Basel waren im Jahr 2013 60-70 Prozent der Ersterkrankungen regelmässige Kiffer) für Entscheidfindungen dringend nötig. Denn die Auswirkungen von solch tragischen Psychose-Erkrankungen sind der Verlust der Arbeitskraft vor allem junger Erwachsener, vermehrte IV-Renten und erhöhte Krankenkassenkosten.

Die von uns gesichteten Studiendesigns für die Cannabisabgabe entsprechen nicht den wissenschaftlichen Standards. Unter einem Studiendesign versteht man in der Medizin

Aus dem Inhalt

- 1 Editorial: Transparenz betreffend Kosten/Nutzen mit Einbezug der Nachhaltigkeit der Drogenpolitik gefordert
- 3 Chance statt Strafe
- 4 «Sucht ist keine Lebensdiagnose»
- 5 Studie mit Kosten-Nutzen-Analyse von Suchttherapien mit Alkoholikern darf nicht veröffentlicht werden
- 6 Skandalöse Strategien
- 6 Auch eine kleine rosa Blume hat Amerika Kriegsfiasko in Afghanistan verursacht
- 7 Rezeptvorschläge für alkoholfreie Drinks für die nächste Party
- 8 Den Sinn des Lebens ohne Drogen gefunden
- 8 Reha-Zentrum Lutzenberg

die Gesamtheit der Vorgehensweise im Rahmen einer Studie. Ein gutes Studiendesign versucht Einflüsse, die das Ergebnis eines Testverfahrens verfälschen können, zu verhindern.

Die Cannabis-Gesetzgebung verhindert eine Unterbindung des Handels. Auch die stets beklagten Repressionskosten müssten in einer Studie belegt werden. Denn in verschiedenen Kantonen wird das Betäubungsmittelgesetz, vor allem im Bereich des Cannabismissbrauchs nicht mehr durchgesetzt. Wegen Unkenntnis der Fakten wurde im National- und Ständerat beschlossen, dass 10 Gramm Cannabis zum Eigengebrauch zu tolerieren seien. Es wurde ausser Acht gelassen, dass je nach Höhe des THC-Gehalts (Rausch erzeugende Substanz im Cannabis) damit bis zu 100 Joints gedreht werden und THC-haltige Cannabistropfen einen Rausch wie hochprozentiger Schnaps bewirken können. Mit der Zulassung von Cannabis mit wenig Wirkstoff THC, aber vor allem CBD ist die Verwirrung unter der Bevölkerung noch grösser.

Dass die Polizei den illegalen Handel und Konsum des Betäubungsmittels Cannabis mit diesen Bestimmungen der Politik nicht mehr unterbinden kann, ist verständlich. Sie würden sich lächerlich machen, wenn sie mit einer Waage unterwegs wären, um zu bestimmen, ob die Menge eines Cannabisbesitzes mehr oder weniger als 10 Gramm betragen würde. Auch sind die «grossen Fische» nur mit kleinen Mengen auf dem Schwarzmarkt anzutreffen. Da THC-Joints und CBD-Joints sich im Aussehen und im Duft des Cannabisrauchs nicht unterscheiden, sind auch hier den Strafverfolgungsbehörden die Hände gebunden. Damit konnte die Cannabislegalisierungslobby ein für sie wichtiges Etappenziel erreichen, ohne dass die Schweizer Bevölkerung informiert wurde und darüber entscheiden konnte. Die weltweit verknüpften Aktivisten werden von diversen Milliardären wie George Soros finanziell unterstützt und benützen oft auch die Medien als ihr Sprachrohr.

Keine repressive Drogenpolitik in der Schweiz

Während der Zeit des Platzspitzes und



Trauer und Wut über die «Offenen Drogenszenen» und die danach geforderten Fixerräume veranlassten «Eltern gegen Drogen» zu einem Protest-Marsch.

Kocherparks, also der «Offenen Drogenszene», durfte die Polizei nicht eingreifen. Die einzige Intervention, welche die Entscheidungsträger in der Politik gestatteten, war die Abgabe von sauberen Spritzen. Auch wenn in der WOZ vom 4.2.2021 wieder behauptet wird, damals hätte die repressive Drogenpolitik versagt, ist dies eine unwahre Behauptung. Ebenfalls entspricht es keineswegs den Tatsachen, dass die Abgabe des Heroins durch den Psychiater John Marks von Liverpool ein Erfolg gewesen sei und ein Vorbild für die Schweizer Drogenpolitik. Im Gegenteil: Marks war enttäuscht, dass 80% der süchtigen Menschen trotz der Gratis-Heroinabgabe andere Drogen dealten und konsumierten. Dadurch konnte der Schwarzmarkt trotz staatlicher Drogenverabreichung nicht ausgebremst werden. Dies war der Grund warum in England, aber auch in Schweden die Heroinabgabe versagt hat und abgebrochen wurde.

Vier-Säulen-Politik muss kritisch analysiert und hinterfragt werden



Protestaktion auf dem Bundesplatz: Eine repressive Drogenpolitik hat in der Schweiz nie stattgefunden. So ist unser Land ein begehrtes «Pflaster» für Drogendealer, wo sie jahrelang ihre Geschäfte auf Kosten süchtiger Menschen abwickeln können.

Darum unsere Forderung: Das bestehende Ungleichgewicht der Massnahmen und der Finanzierung der vier Säulen Prävention, Therapie, Schadensminderung und Repression muss behoben werden. Die daraus resultierenden Folgekosten des illegalen Drogenkonsums müssen transparent kommuniziert werden. Die viel gepriesene Vier-Säulen-Politik muss einer Kosten-Nutzen-Analyse unterzogen werden. Nur eine nachhaltige Drogenpolitik ist zielführend. Es geht nicht nur um die hohen Kosten, die uns eine kleine Anzahl von Konsumenten von



Wir trauern um die Menschen, welche wegen unserer «Laissez-faire-Drogenpolitik» sterben mussten.

illegalen Betäubungsmitteln verursacht, sondern um wertvolle Menschenleben, die unsere Hilfe, aber auch Motivation und Hoffnung für einen Drogenausstieg benötigen (siehe den Artikel «Sucht ist keine Lebensdiagnose»). Die Meinung, dass es keine Gesellschaft ohne Drogenkonsum geben werde, teilen auch wir. Aber wenn das Ziel einer möglichst Drogen freien Bevölkerung aufgegeben wird, haben wir kapituliert.

Sabina Geissbühler-Strupler, Präsidentin Schweiz. Vereinigung Eltern gegen Drogen

Chance statt Strafe

«Vor allem die möglichen Auswir- waltschaft ist der Kurs verpflichtend. kungen vom Kiffen auf die Psyche sind schon krass. Das hat mich wirklich zum Nachdenken gebracht.» Rückmeldungen wie diese zeigen, dass der Cannabis-Kurs seine Spuren hinterlässt.

Am Cannabis-Kurs nehmen 12- bis 18-Jährige mit einer Verzeigung teil. Diese Jugendlichen sind von der Polizei beim Kiffen oder mit Cannabis in der Tasche erwischt worden. Sind die Jugendlichen minderjährig, leitet die Polizei die Fälle an die zuständige Jugendanwaltschaft weiter. Diese entscheidet, ob die Jugendlichen am Cannabis-Kurs teilnehmen müssen oder welche weiteren Konsequenzen folgen werden. Möglich ist auch die Zuweisung zur Einzelberatung bei einer Jugendberatungsstelle.

Kurzintervention

Der Cannabis-Kurs gilt als Kurzintervention für Jugendliche, die allenfalls in einer schwierigen Lebensphase stehen und denen ein Signal helfen kann, bessere Lösungen für sich zu finden. Cannabisbedingte Probleme, seien sie gesundheitlich, sozial oder juristisch, können für die Jugendlichen und ihren Lebensverlauf drastische Folgen mit sich bringen. Der Cannabis-Kurs umfasst zwei Module à je zweieinhalb Stunden und findet in der Freizeit der Jugendlichen statt. Alle 12- bis 18-Jährigen aus dem Kanton Zürich können am Cannabis-Kurs teilnehmen, bei Anmeldung durch die JugendanIn einigen Bezirken findet parallel zum Kurs ein Elternabend statt.

Aktive Auseinandersetzung

Der Cannabis-Kurs bietet Raum für eine offene und konstruktive Auseinandersetzung mit dem eigenen Cannabiskonsum. Die Teilnehmenden werden angeregt, die Auswirkungen ihres Konsums zu reflektieren und über die möglichen Folgen für ihre Zukunft nachzudenken. Oder die Kursleitung fragt, ob jemand jüngere Geschwister habe und was sie diesen in Bezug auf Cannabis raten würden. «Ich tue alles dafür, dass mein kleiner Bruder nicht

mit dem Kiffen anfängt. Es ist nicht gut für ihn. Ausserdem soll aus ihm einmal etwas werden. Denn ich habe meine Eltern schon genug enttäuscht», so einer der teilnehmenden Jugendlichen. Die Aufgabe der Kursleitung ist es nun, dem Jugendlichen den Widerspruch in seiner Aussage aufzuzeigen: «Also, wenn ich dich richtig verstanden habe, möchtest du nicht, dass dein kleiner Bruder anfängt zu kiffen. Du weisst also, dass Kiffen nicht guttut. Trotzdem kiffst du weiter. Wie gehst du damit um?» Der Jugendliche grinst: «Tja, es ist halt schwierig, aufzuhören, wenn man mal angefangen hat.»

Ronja Schmid, «laut und leise», 30.6.2021





GEGEN DROGENMISSBRAUCH UND ILLEGALEN DROGENHANDEL

Kommentar von EgD: Gegen solche sinnvollen Interventionen wie die Cannabis-Kurse, die von Polizei und Staatsanwaltschaft angeordnet werden, wird vielerorts «Sturm gelaufen». Jugendliche würden dadurch kriminalisiert. Trotz Verbot hätten in der Schweiz viele junge Menschen Kiffer-Erfahrung. Deshalb müsse ein «zeitgemässer Umgang» mit Cannabis, d.h. ein risikoarmer Konsum gestattet werden. Gleichlautende Forderungen würden im Strassenverkehr folgendermassen aussehen: Da eine Parkbusse oder eine Busse wegen schnellem Fahren eine Kriminalisierung bedeutet, müssen solche Bussen sofort abgeschafft werden. Weil jährlich unzählige Autofahrer/-innen Verbote im Strassenverkehr nicht einhalten, sind alle Verbote zu eliminieren.

«Sucht ist keine Lebensdiagnose»

Michel Sutter wuchs als Sohn süchtiger Eltern auf und rutsche später selber in die Sucht ab. Heute ist er seit mehr als zehn Jahren suchtfrei und arbeitet als Peer-Mitarbeiter, einerseits in einer Klinik, andererseits bei der Peer-Organisation «Peerspektive».

Was hat Ihnen geholfen, sich von der Sucht abzuwenden?

Ich hatte einige Schlüsselerlebnisse. Zum Beispiel in meiner letzten Therapie: Da hat eine Ärztin über neuronale Plastizität gesprochen. Das bedeutet, dass das Gehirn bis ins hohe Alter formbar ist. Konditionierungen müssen nicht dauerhaft Macht über uns haben. Man kann sich neu konditionieren und neue Gewohnheiten zulegen. Das war mein Aha-Erlebnis. Ich weiss nicht, ob der Ärztin bewusst war, was das bei mir ausgelöst hat, aber in diesem Moment habe ich beschlossen, dass ich mich neu konditionieren werde. Ich habe angefangen, mein Belohnungssystem, das ja viel mit der Sucht zu tun hat, anders zufrieden zu stellen als mit Suchtmitteln. Dabei sind Achtsamkeit und Entspannung – sich selbst auszuhalten – die Schlüsselbegriffe für mich.

Jetzt beraten Sie Süchtige und Betroffene, wie kam es dazu?

Ich sage immer: Ich berate nicht. Ich erzähle meine Sicht der Dinge und was mir geholfen hat. Wenn jemand meinen Rat haben will, bin ich vorsichtig. Ich-Botschaften haben oberstes Gebot. Als ich vor 25 Jahren zum ersten Mal aufhören wollte, hiess es: Sucht ist Lebensdiagnose, das wirst du nie mehr los. Solche Aussagen nehmen die Motivation und die Hoffnung. Ich habe das anders wahrgenommen in meinem Leben. Und ich habe darauf hingearbeitet, dass Sucht eben nicht eine Lebensdiagnose ist, sondern dass ich mich von meiner Sucht, und vom Suchtdruck lösen kann. Ich will mich nicht mit achtzig Jahren noch als trockenen Alkoholiker oder cleanen Junkie bezeichnen müssen. Genau diese festgefahrenen Denkweisen stigmatisieren Menschen, die sich als Folge selbst weiter stigmatisieren und sich nochmals unnötig unter Druck setzen.



Betroffene als Expertinnen und Experten ernst zu nehmen ist eher eine neue Tendenz. Wie schätzen Sie diese Entwicklung ein?

Ich bin hier ein wenig kritisch eingestellt: Ich höre von Leuten, die noch in einem Klinikaufenthalt sind, die sich von der Klinik aus schon mit Organisationen vernetzen, die Peer-Beratung anbieten. Ich muss hier ein wenig vorsichtig sein, aber es gibt tatsächlich Leute, die gezielt Netzwerke aufbauen, weil sie gemerkt haben, dass im Peerbereich Geld zu holen ist, dass es ein Trend ist. Diese Netzwerke nehmen jeden, der sich anbietet, ohne diese Menschen wirklich zu kennen. Ohne zu wissen, ob diese Leute eine Distanz zu ihrer Geschichte entwickelt haben, ohne zu wissen, wie es diesen Leuten wirklich geht und ob sie in der Lage sind, so zu arbeiten. Zu Peer-Arbeit, und das klingt sicher ein wenig anmassend, muss man fast geboren sein. Im therapeutischen Setting erlebe ich immer wieder, dass Menschen, die noch in Therapie sind, auch im sozialen Bereich aktiv werden wollen. Sie wollen helfen. Und durch Helfen kann man eben auch von den eigenen Problemen ablenken. Deshalb ist es für mich ganz wichtig, dass eine Distanz da ist zu den eigenen Themen, dass eine Versöhnung mit der Vergangenheit stattgefunden hat. Wenn ich viele wunde Punkte habe, dann wird, früher oder später, ein solcher Punkt getroffen. Wenn man hier die Distanz nicht hat, kann man nicht adäquat reagieren und je nachdem mehr schaden als nützen.

Wenn Sie die Schweizer Suchtpolitik nach Ihrem Gutdünken verändern könnten, was würden Sie lassen und was würden Sie anpassen? Ich habe ein gespaltenes Verhältnis zu

Substitutionsprogrammen. Es braucht

medikamentöse Unterstützung, ganz klar, zum Beispiel bei akuten psychischen Erkrankungen. Suchterkrankung zähle ich da auch dazu. Es ist klar, dass Methadon das Leben eines Heroinabhängigen vereinfachen kann. Und doch finde ich die Tendenz zur Substitution, und wie ich es nenne Kreuzsubstitution, ein bisschen bedenklich. Ich habe schon Geschichten gehört, da wurden zum Beispiel Magersüchtige mit süchtig machenden Beruhigungsmitteln zum Essen verleitet. Oder eben Methadon: Ist das nicht einfach ein Mittel zur Ruhigstellung? Natürlich, jemand, der Methadon nimmt, wird in der Regel nicht delinquent. Aber wenn der Ursprung der Sucht nicht bearbeitet wird, verlagert sich die Problematik und diese Person findet einfach keine Ruhe. Das kann sich auch in Verhaltenssüchte verlagern. Ich finde, die Selbstwirksamkeit und die Eigenverantwortung sollten mehr im Fokus der Suchtbehandlung stehen.

Welche Lücken sehen Sie im Behandlungsangebot für Suchtbetroffene?

Wie eben erwähnt die Selbstwirksamkeit und die Eigenverantwortung, aber es gibt noch weitere. Grundsätzlich haben fast alle Menschen in unserer Gesellschaft etwas gemeinsam: Die wenigsten können sich selbst aushalten. Man hat sein Handy, seine Zigaretten, trinkt Kaffee und Wein oder schaut fern und beruhigt sich so ein wenig. Zur Ruhe kommen oder in Stille mit sich sein, das verlernen die Menschen zunehmend. Wenn das niemand mehr kann, dann wird das auch niemand an andere weitervermitteln. In unserem Alltag flüchten wir permanent vor uns selbst. Ob das jetzt süchtige Menschen sind oder nicht süchtige oder solche, die nicht offiziell als süchtig gelten, wie auch immer. Hier bräuchte es ein stärkeres Bewusstsein. Was ist alles Ablenkung und wie gut kommt man mit sich alleine zurecht? Das gerät in unserer Gesellschaft immer mehr in Vergessenheit.

Aus dem Interview von Lisa Garberson mit Michel Sutter in der Zeitschrift «Spectra»

Studie mit Kosten-Nutzen-Analyse von Suchttherapien mit Alkoholikern darf nicht veröffentlich werden

Umstrittene Suchttherapie: Wer zu viel trinkt, kann mit Hilfe von Therapeuten lernen, den Konsum zu kontrollieren.

Hätte Martin Sieber gewusst, worauf er sich einlassen würde, er hätte die Anfrage der vier Suchtfachstellen der Bezirke Bülach, Hinwil, Horgen und Uster wohl abgelehnt. Aber der Auftrag klang interessant: Sieber sollte untersuchen, wie wirksam ambulante Alkoholtherapien sind. Dass die Fachstellen den damals eben erst pensionierten Psychologieprofessor anfragten, lag nahe. Sieber war zuletzt Forschungsleiter der Forel-Klinik gewesen, die auf die Behandlung von Alkoholabhängigkeit spezialisiert ist. Er hat eine ganze Reihe von wissenschaftlichen Beiträgen und Büchern zur Suchtforschung verfasst.

Sieber nahm den Auftrag an. Er schlug vor – erstmals überhaupt im deutschsprachigen Raum - nicht nur am Trinkverhalten und am Wohlbefinden der Betroffenen zu messen, wie wirksam die Therapien sind; sondern auch daran, ob die Betroffenen nach der Behandlung weniger Kosten in Form von Arztbesuchen, Klinikaufenthalten und Abwesenheiten am Arbeitsplatz verursachen. Kurz: Ob sich die Behandlung auch wirtschaftlich lohnt. Sieber befragte 450 Klienten der vier Fachstellen, die in den Jahren 2013 und 2014 in Behandlung waren. Was er herausfand, lässt aufhorchen. Als wirtschaftlich erwies sich die Therapie nur dann, wenn das Ziel die Abstinenz war. Dann sanken die Kosten deutlich. Bei jenen Personen, die in der Behandlung hingegen «nur» lernen wollten, den Alkoholkonsum zu kontrollieren, war genau das Ge-



genteil der Fall: Die Kosten schossen in die Höhe. Und das, obwohl die Betroffenen nach der Behandlung weniger tranken. Hauptgrund für die steigenden Kosten waren offenbar stationäre Behandlungen.

Veröffentlicht wurde die Studie nie. Die Suchtfachstellen wiesen den gut 100-seitigen Schlussbericht, den Sieber Ende 2016 nach fast zwei Jahren Arbeit vorlegte, zurück. Und zwar nur aufgrund einer Zusammenfassung. Die Studie selbst haben die Auftraggeber gar nicht erst gelesen. In einer Stellungnahme, die dieser Zeitung vorliegt, schreiben die Fachstellen: «Das mangelhafte Studiendesign (...) veranlasste die Auftraggeber, die Zusammenarbeit vorzeitig abzubrechen und auf die Sichtung der Ergebnisse gänzlich zu verzichten.» Überdies habe Sieber die vereinbarten Kosten überschritten.

Für Sieber kam das völlig überraschend. Er sagt, die Fachstellen hätten das Studiendesign mitentwickelt, die Zusammenarbeit sei bis kurz vor dem abrupten Ende gut gewesen. Die Mehrkosten seien vor allem deshalb entstanden, weil die Fachstellen den Auftrag im Verlauf der Arbeit ausgeweitet hätten. Er hat eine ganz andere Vermutung, warum es zum Eklat kam: «Das Resultat passte den Fachstellen nicht. Es ist politisch zu heikel. Darum suchten sie Ausreden, um meine Arbeit zu diskreditieren.» Dazu muss man wissen: Das sogenannte kontrollierte Trinken ist umstritten. Ursprünglich in den USA entwickelt, verbreitete sich dieses Therapiekonzept Anfang der 1990er-Jahre im deutschsprachigen Raum. Die Idee dahinter ist es, auch jene Betroffenen für eine Behandlung zu gewinnen, die nicht ohne Alkohol leben wollen oder sich das nicht zutrauen.

Die Skepsis verschwand nie

Obwohl zahlreiche Studien zeigen, dass das kontrollierte Trinken vor allem bei jenen Patienten funktioniert, die noch keine volle Abhängigkeit entwickelt haben, ist die Skepsis nie verschwunden. Zumindest aus neurologischer Sicht ist sie auch nicht ganz unbegründet. «Sucht verändert das Gehirn dauerhaft», sagt Wim Nieuwenboom, Psychologe und Suchtfachmann bei der Fachhochschule Nordwestschweiz. «Mit jedem Glas Alkohol wird das Suchtsystem erneut aktiviert.» Nur: Das müsse sich nicht bei jedem Betroffenen gleich auswirken.

Zurück zu Siebers Studie. Diese Zeitung hat die Studie zwei Fachleuten zur Prüfung vorgelegt: Dem erwähnten Wim Nieuwenboom sowie Kenneth Dürsteler, Leitender Psychologe am Zentrum für Abhängigkeitserkrankungen an den Psychiatrischen Universitätskliniken Basel. Beide kommen übereinstimmend zum Schluss: Es gibt keinen nachvollziehbaren Grund für die Ablehnung. Zwar sei die untersuchte Gruppe relativ klein, und es stelle sich die Frage, wie das Resultat zu interpretieren sei, sagen die beiden Forscher. «Aber das haben solche Studien an sich», sagt Nieuwenboom. «Das sagt per se noch nichts über die Qualität aus.» Entscheidend sei, ob thematisiert werde, was die Studie aussagen könne und was nicht. Genau das mache Sieber, sagt Dürsteler: «Er hat alles sauber dokumentiert und weist auch auf die offenen Fragen hin.»

Mit dieser Einschätzung konfrontiert, wollte Annette Glaser, Gesamtleiterin der Fachstelle für Abhängigkeitserkrankungen in Kloten, gegenüber dieser Zeitung keine Auskunft geben. Einen detaillierten Fragenkatalog beantwortete sie mit dem Satz: «Wir betrachten die Angelegenheit als abgeschlossen.» Wim Nieuwenboom hält es durchaus für möglich, dass die Suchtfachstellen die Studie der Resultate wegen zurückwiesen. «Sucht ist ein hochpolitisches Thema», sagt er, «und deshalb sind auch Studienresultate hochpolitisch.» Mitunter scheiterten Studien schon in der Planungsphase am Misstrauen der Suchthilfestellen: «Sie haben Angst, dass die Öffentlichkeit kritische Resultate falsch interpretiert und ihre Arbeit dann als schlecht gilt.»

Beide befragten Forscher sagen, es komme immer mal wieder vor, dass missliebige Auftragsarbeiten in der Schublade verschwinden oft unter fadenscheinigen Begründungen. Im Fall Sieber beendeten die Auftraggeber die Zusammenarbeit nicht nur abrupt, sie verlangten auch die Herausgabe aller Daten und Fragebögen und wollten Sieber ein Verbot auferlegen, seine Erkenntnisse in irgendeiner Form zu verwenden. Das sei absurd, sagt Kenneth Dürsteler: «Die Publikation obliegt dem Studienleiter.»

Was Sieber bleibt, ist eine nachhaltig Irritation. Es gehe ihm nicht um sich, versichert er: «Es kann doch nicht sein, dass weder Suchtfachstellen noch die Politik wissen wollen, ob die angebotene Behandlung wirtschaftlich ist. Das Minimum wäre, dass die Stellen den aufgeworfenen Fragen nachgehen, auch wenn sie unbequem sind. Immerhin werden sie von den Gemeinden finanziert.»

Kommentar von EgD: Endlich getraut sich eine Journalistin aufzuzei-

gen, wie sich die in der «Drogen-Industrie» Tätigen gegen Transparenz und Kosten-Nutzen-Analysen wehren. Wie im Editorial beschrieben, werden auch vom BAG nur Studien bewilligt, bei welchen zum Voraus feststeht, dass damit die Liberalisierungsziele näher rücken. Auch werden z.B. die geplanten Cannabis-Studien vom BAG selbst bewertet. Dass die Expertengruppe, welche den Bundesrat berät, aus lauter Liberalisierungslobbyisten besteht, zerstört das Vertrauen in seriöse Studiendesigns vollends.

Skandalöse Strategien

Seit alle Drogenexperten, welche sich für eine abstinenzorientierte Drogenpolitik und gegen eine Verharmlosung von illegalen Suchtmitteln eingesetzt haben, vom Bundesrat abgesetzt wurden, lautet die Strategie dieser «Experten» der Eidg. Kommission für Suchtfragen (EKSF) wie folgt: Für den künftigen Umgang mit psychoaktiven Substanzen stellt sie drei Szenarien zur Diskussion. Im Szenario «Teilrevision BetmG» wird das Cannabisverbot aufgehoben, und diese Substanz nur noch in anderen bestehenden Gesetzen (Heilmittelgesetz,

Humanforschungsgesetz, Zivilgesetzbuch etc.) geregelt. Im Szenario «Totalrevision BetmG» wird auf das Betäubungsmittelverbot insgesamt verzichtet und das Gesetz an den Grundsätzen der Public Health, der Verhältnismässigkeit, der Menschenwürde und der Autonomie ausgerichtet. Als drittes Szenario regt die EKSF die Aufhebung des BetmG an. Psychoaktive Substanzen sollen in bestehenden anderen Gesetzen geregelt werden, ergänzt durch ein Rahmengesetz, das auf den Umgang mit dem problematischen Konsum fokussiert.

All diese Pläne einer zukünftigen Schweizer Drogenpolitik verkennen sogar die Grundsätze der Bundesverfassung: «Staatliches Handeln muss im öffentlichen Interesse liegen» und «Kinder und Jugendliche haben Anspruch auf besonderen Schutz ihrer Unversehrtheit und auf Förderung ihrer Entwicklung.» Diese drei Strategien müssen klar abgelehnt werden. Darüber darf nicht die Politik, sondern muss die Bevölkerung, nach Studium zu den erwähnten Fakten, entscheiden können.

Auch eine kleine rosa Blume hat Amerikas Kriegsfiasko in Afghanistan verursacht

Amerikas militärisches Fiasko in Afghanistan wurde auch durch eine kleine rosa Blume verursacht: Schlafmohn, der sich doppelt an den USA rächt. Mit dem Verkauf der daraus gewonnenen Opiate kaufen die Taliban ihre Waffen – und überschwemmen das Amerika der Opioid-Epidemie mit billigem Heroin.

Vor ihrem Sturz Ende 2001 durch die US-Invasion waren die Taliban von der UNO noch dafür gerühmt worden, den Anbau von Schlafmohn im Land weitgehend ausgerottet zu haben. Aus Schlafmohn wird Rohopium und daraus Heroin gewonnen. Die Taliban hatten den Mohnanbau im Jahr 2000 verboten, als sie internationale Legitimität suchten. In den von den Radikal-

islamisten kontrollierten Gebieten ging der Anbau der rosa Blumen laut UNO-Angaben um 99 Prozent zurück. Das entsprach etwa drei Viertel des damaligen Weltangebots an Heroin, das vom Weltmarkt verschwand. Selbst die USA lobten die Taliban noch im Mai 2001 für das Mohnverbot: «Eine Entscheidung der Taliban, die wir begrüssen», so der damalige US-Aussenminister Colin Powell.

Nach der US-Invasion schnellte der Mohnanbau in Afghanistan wieder hoch. Mit dem Ergebnis, dass das «befreite» Afghanistan die USA und auch Grossbritannien seit der Invasion mit billigem afghanischem Heroin überschwemmt.

Die verheerenden Konsequenzen da-

von sind heute in Amerika nur zu gut zu erkennen: Allein 2019 starben in den USA laut dem staatlichen Institut für Drogenmissbrauch mehr als 50'000 Süchtige an einer Opioide-Überdosis. Dabei machen auch die Pharmakonzerne Purdue und Johnson & Johnson mächtig Geld: Sie haben sich in den USA mit zahllosen Klagen zu verantworten, da sie suchtgefährdende Opiate-Schmerzmittel unrechtmässig vermarkten.

US-Invasion machte Afghanistan zum ersten echten Drogenstaat der Welt

Doch auch viel Heroin aus Afghanistan flutet den amerikanischen Drogenmarkt. Ein Fakt, der in den offiziellen US-Regierungszahlen nicht zu

finden ist. Der Fakt, dass die Afghanistan-Invasion indirekt zur grössten Drogenepidemie überhaupt in der Geschichte der USA führte.

Dabei hatte der damalige britische Premier Tony Blair (68) afghanisches Heroin noch als Argument dafür bezeichnet, in Afghanistan einzumarschieren und die Taliban zu stürzen. Afghanistan und sein Heroin, so Blair, seien Schuld am Tod zahlloser junger Menschen in Westen. Ungeachtet der Tatsache, dass ebendiese Taliban der Heroinschwemme aus ihrem Land den Riegel zu schieben versuchten.

Der Einmarsch des Westens am Hindukusch führte dazu, dass Afghanistan zum ersten echten Drogenstaat der Welt wurde. Zeigten sich die Amerikaner in den ersten Jahren noch bemüht, Mohnfelder auszurotten, zogen sie damit nur den Zorn von Bauern, Dörfern, ja ganzen Landstrichen auf sich. Mohn, das bedeutete gutes Geld. Und die bald in vielen Gebieten wieder blühenden Mohnfelder ölten die Kriegsmaschinerie der radikalen Taliban-Guerilla.

Kriegsgerät dank Mohn

«Die Taliban haben sich auf den genhandels beteiligt – am Mohnafghanischen Opiumhandel als eine ihrer Haupteinnahmequellen verlassen», sagt Cesar Gudes, Leiter des Von Anbauern und Drogenlaboren bis Kabuler UNO-Büros für Drogen- und hin zur Einforderung von Schmugg-



Verbrechensbekämpfung (UNODC), der Nachrichtenagentur Reuters. Nach Schätzungen der UNO-Behörde stammen heute mehr als 80 Prozent des weltweiten Opiums und Heroins aus Afghanistan. Die Taliban konnten damit praktisch unter dem Schutz der USA zur am stärksten durch Drogen finanzierten, nicht terroristisch eingestuften Organisation der Welt heranwachsen.

Drogen seien Afghanistans «grösster Wirtschaftszweig ausser dem Krieg», sagt auch Barnett Rubin, ein ehemaliger Afghanistan-Berater des US-Aussenministeriums. Das Rekordjahr 2017 mit 9900 Tonnen Opium spülte afghanischen Bauern 1,4 Milliarden Dollar in die Kassen. Die Taliban sind laut UNO an allen Schritten des Drogenhandels beteiligt – am Mohnanbau, an der Opiumgewinnung, am Handel, an der Erhebung von Steuern von Anbauern und Drogenlaboren bis hin zur Einforderung von Schmugg-

lergebühren für Lieferungen nach Afrika, Europa, Kanada, Russland, in den Nahen Osten und andere Teile Asiens. Wie viele Millionen die Taliban jährlich dank der unscheinbaren rosa Mohnblume verdienen, darüber gibt es keine verlässlichen Zahlen. Genug, um sich 20 Jahre lang nicht von der modernsten und stärksten Armee der Welt besiegen zu lassen.

Daniel Kestenholz, blick.ch, 17.08.2021

Kommentar von EgD: Dass Geld die Welt regiert, ist eine traurige Tatsache. Dass der Drogenanbau und -handel gestoppt werden könnte und Alternativen auch für die Bauern möglich wären, haben uns die Taliban in Afghanistan gezeigt. Doch die Tendenz in der westlichen Welt geht dahin, den Anbau von Betäubungsmitteln zu fördern. Politiker/-innen meinen sogar, mit dem Gewinn könne unsere AHV gerettet werden. Damit werden immer mehr Staaten zu Drogendealern.

Unterstützen Sie die Tätigkeiten von «Eltern gegen Drogen» mit einer Spende: PC 30-7945-2 IBAN CH48 0900 0000 3000 7945 2 Wir danken Ihnen für Ihre wertvolle Unterstützung!

Rezeptvorschläge für alkoholfreie Drinks für die nächste Party

Hugolino Summertime: 2 cl Holunderblütensirup, 9 cl Mineralwasser, 9 cl Rimuss Secco, Minzblätter, Zitronenscheibe. Gästeglas mit Eis füllen, Sirup, Minze und Zitrone beigeben und mit den restlichen Zutaten auffüllen.

Red Dream Healthy Lady-Power: 9 cl Pink Grapefruit, 10 cl Cranberrysaft, 1 cl Zitronensaft. Alle Zutaten mit Eis kräftig shaken und im Gästeglas mit Eis servieren. Johannisbeerzweig als Deko-Element beifügen.

Cribbean Dance with me: 16 cl Ananassaft, 2 cl Riemerschmid Bar-Sirup Coconut, 2 cl Zitronensaft. Alle Zutaten mit Eis kräftig shaken und im Gästeglas mit Eis servieren. Ananasblatt als Deko-Element beifügen.

Movie Star: 2 cl Riemerschmid Bar-Sirup Mango, 9 cl Cranberrysaft, 2 cl Zitronensaft, 7 cl Mineralwasser mit Kohlensäure. Die Zutaten ohne Mineralwasser mit Eis kräftig shaken, mit dem Eis ins Gästeglas geben und mit Mineralwasser auffüllen. Als Deko dient ein Mangostück in Sternform.

Rezept-Booklets können bei schwe<mark>iz@bluecocktailbar.ch bestellt</mark> werden.

Impressum

Herausgeberin:

Schweizerische Vereinigung Eltern gegen Drogen, Postfach, 3001 Bern elterngegendrogen@bluewin.ch www.elterngegendrogen.ch

Spendenkonto:

PC 30-7945-2 Vielen Dank für Ihre Unterstützung.

Redaktionsteam:

Dr. med. Theodor Albrecht Dr. rer. nat. Alexandra Nogawa Sabina Geissbühler-Strupler

Layout: Optinovum GmbH, 3018 Bern

Druck: Jordi AG, Aemmenmattstrasse 22, 3123 Belp, info@jordibelp.ch

Den Sinn des Lebens ohne Drogen gefunden

me der Redaktion bekannt), die Dank einer Therapie im Zentrum Neuthal bei Bäretswil ZH den Weg aus der Drogensucht gefunden hat.

Was für einen Sinn machte mein Leben noch vor der Therapie? Keinen - oder keinen grossen! Tag für Tag diesen beschissenen Besorgungsstress. Ständig Angst zu haben, von der Polizei aufgegriffen zu werden. Wo waren meine Freunde, die ich vor der Drogenzeit hatte? Alle weg! Welche Leute kannte ich überhaupt noch? Solche, die auch konsumierten und auf die ich nicht zählen konnte, vielleicht mit einer Ausnahme. Leute, die einem beschissen und anlogen. Und trotzdem, die verdammte Sucht! Trotz all dem Scheiss, der Tag für Tag ablief, konsumierte ich weiter. Na ja, einfach

Entzug und eine anschliessende Therapie zu entscheiden und das Ganze dann auch noch durchzuziehen. Doch irgendwann hatte ich die Nase so gestrichen voll, dass ich einfach wollte – es musste sein! Die Zeit, die ich im Neuthal verbringen durfte - manchmal auch musste – veränderte mein Leben auf eindrucksvolle Weise. Ich denke sogar noch heute, dass allen Menschen, nicht nur süchtigen, eine Therapie gut tun würde.

Sich selbst auf den Zahn zu fühlen, zu erkennen, wer man ist, wie man auf bestimmte Lebenssituationen reagiert und wie man schwierige Momente löman mit der Sucht umgehen kann, zu ansätze bei Drogensüchtigen. erfahren, welchen Wert die ehrliche

Ein Erfahrungsbericht von G.F. (Na- ist es bestimmt nicht, sich für einen Auseinandersetzung mit Freunden hat, sind Dinge, die ich im Neuthal erfahren durfte. Glaubt mir, liebe Leser/-innen, diese Lebenserfahrung, die du während einer Therapie in deinen Rucksack gepackt bekommst, kann dir niemand mehr nehmen und hat – so ist es auf jeden Fall für mich – einen unschätzbaren Wert. Die Zeit im Neuthal betitle ich für mich selbst als Lebensschule.

> Kommentar EgD: Das Zentrum Neuthal bei Bäretswil ZH ist eine der wenigen abstinenzorientierten Therapiestationen in der Schweiz. Die meisten wurden durch die Heroin- und Methadon-Verteilung verdrängt. sen kann, ohne zu konsumieren. Zu ler- Auch die Legalisierungslobby internen, woher die Sucht kommt und wie essiert sich wenig für die Heilungs-



Das Reha-Zentrum Lutzenberg unterstützt Drogenabhängige mit einer Langzeittherapie mit dem obersten Ziel der beruflichen und sozialen Integration. Die Schweizerische Vereinigung Eltern gegen Drogen empfiehlt Ihnen diese Institution wärmstens.

Reha Lutzenberg Engelgasse 417 9426 Lutzenberg

Telefon: 071 886 30 80

E-Mail: info@reha-lutzenberg.ch Internet: www.reha-lutzenberg.ch

Unterstützen Sie uns!

Als Mitglied erhalten Sie vierteljährlich unser Informationsbulletin, das Sie über aktuelle Themen auf dem Laufenden hält. Mit Ihrem Beitrag unterstützen Sie die Anliegen der Schweizerischen Vereinigung Eltern gegen Drogen.

Einzelmitglied (Jahresbeitrag Fr. 30.–) Ehepaar-Mitglied (Jahresbeitrag Fr. 50.–) Gönner (Beitrag nach freiem Ermessen)	Ich will das Info-Bulletin <i>EgD info</i> abonnieren. (Fr. 20.–) Ich möchte die Vereinigung finanziell unterstützen. Bitte senden Sie mir einen Einzahlungsschein zu. (PC Konto 30-7945-2)
Name, Vorname	
Adresse	
PLZ / Ort	
Datum / Unterschrift	

Schweizerische Vereinigung Eltern gegen Drogen, Postfach, 3001 Bern